

**Im Rahmen seines 108. Bundeskongresses in Paderborn hat der VkdL
folgende EntschlieÙung verabschiedet:**

Familien und Frauen müssen frei entscheiden können!

***VkdL fordert freie Entscheidung in der Frage der Vereinbarkeit
von Familien- und Erwerbstätigkeit***

Regierungen und politische Parteien stehen in der Gefahr, ihre Ideologie und Programmatik für die einzig mögliche und richtige Handlungsweise zu halten. Sie vergessen, dass die Freiheit der Entscheidung in persönlichen Dingen beim Bürger, bei der Bürgerin liegen sollte.

Ein Musterbeispiel für Manipulation und Indoktrination des Willens von Frauen und Familien ist die Frage der Erziehung der Kinder. Das Schlagwort von der „Vereinbarkeit von außerhäuslicher Erwerbstätigkeit und Familienarbeit“ wurde so lange verbreitet, bis es unbewusst in den Köpfen Platz gegriffen hat und als modern und notwendig akzeptiert wurde. Andere Möglichkeiten wurden gar nicht mehr in Erwägung gezogen. Es musste Berufstätigkeit und Familientätigkeit gleichzeitig sein, wollte man „in“ sein.

Dass in den zurückliegenden Jahren ein gesellschaftlicher Wandel in Bezug auf das Familienverständnis eingetreten ist, der neue Lösungen für die Erziehung der Kinder forderte, ist unbestreitbar. Trotzdem ist zu fragen, ob herkömmliche Werte der Familie, wie etwa die naturgegebene Aufgabe der Frau als Mutter, tatsächlich so total überholt sind? Dies besonders mit Blick auf das Kind!

Tatsache ist, dass die Frauen heute eine bessere Ausbildung haben als früher, was ihnen einen breiteren Zugang zur außerhäuslichen Berufstätigkeit eröffnet.

Tatsache ist auch, dass Frauen Freude am Beruf haben, bringt er ihnen doch vielfach Zufriedenheit, menschliche Kontakte, die sie im Haushalt nicht immer erfahren.

Durch die Berufsausübung haben Frauen ein eigenes Einkommen, über das sie in der Regel frei verfügen können, zumindest so lange sie nicht verheiratet sind. Sie kommen in materielle Unabhängigkeit und gewinnen größere Selbstständigkeit und Freiheit. Dass mit der Berufstätigkeit auch äußere Zwänge, wie von außen diktierte Zeiteinteilung, Aufenthalt am Arbeitsort usw. verbunden sind, wird hingenommen, ohne darüber nachzudenken.

In diesem ganzen Kontext bekommt die Eheschließung heute gegenüber der Heirat früher einen ganz anderen Charakter, eine andere Qualität und erfordert neue Überlegungen, die früher so nicht nötig waren. Sind junge Frauen und Männer darauf vorbereitet?

Vielfach geht es bei der Eheschließung nicht mehr primär um die Gründung einer Familie, sondern um die Bindung an einen Partner/ eine Partnerin. Oft sind wirtschaftliche oder materielle Gründe ausschlaggebend für eine Heirat und nicht der Wunsch nach Kindern, diese werden „planbar“ und sind erst später im „Familienkonzept“ – wenn überhaupt.

Auf diesem Hintergrund wirkt sich dann die Geburt eines Kindes anders aus und hat andere Konsequenzen, als dies früher die Regel war. Es treten gravierende Veränderungen im Verhältnis der Eheleute ein, die bewältigt sein wollen. Dabei sind es nicht nur die persönlichen, menschlichen Beziehungen, sondern auch die materiellen Verhältnisse, die sich grundlegend ändern:

- Wenn ein oder mehrere Kinder da sind, ist zunächst für ein Elternteil – und das ist in der Regel die Mutter – eine außerhäusliche Erwerbstätigkeit nicht mehr möglich, es sei denn, es sind Großeltern da, die bereit und in der Lage sind, die Kinder zu betreuen, während die Eltern arbeiten.
- Der materielle Rahmen verändert sich tiefgreifend. Für die Versorgung der Kinder entstehen Kosten, die vorher nicht vorhanden waren. Das Schlagwort vom „Kind als Armutsrisiko“ hat in unserer Gesellschaft Konjunktur. Wie müsste sich ein Kind – ein solches Armutsrisiko – fühlen, wenn es diese Bezeichnung begreifen könnte? Liegt hier eine Wurzel der viel zitierten „Kinderfeindlichkeit“?
- Manche Frau kann ihre Berufstätigkeit nicht weiterführen, muss sie zumindest unterbrechen, wenn sie ein oder mehrere Kinder zu versorgen hat. Das Kind wird zum „Karrierehemmnis“.

Dass in dieser Situation Konflikte auftreten, dass Hilfe notwendig ist, versteht sich von selbst.

Hier ist die ganze Gesellschaft in der Pflicht, Hilfen anzubieten, dass Familie sich entwickeln und entfalten kann, aber ohne sie zu bevormunden, welche Hilfen sie in Anspruch nehmen will, welche Form der Hilfe für sie die beste ist.

Regierung und Politik sind bestrebt, sowohl die Frauen als auch die Familien zu entlasten, tun dies aber im Sinne ihrer Ideologie und Programmatik. Das Rezept ist ebenso einfach wie inhuman: Wenn Kinder Arbeit verursachen, also „zur Last werden“, müssen sie aus der Familie herausgeholt und „von Staats wegen“ versorgt werden. Das staatliche „Hilfsprogramm“ erschöpft sich in:

- Betreuung der Kleinstkinder in Kinderkrippen,
- danach Betreuung in Kinderhorten,
- Ganztagskindergärten,
- ganztägige Betreuung nach dem Unterricht in der Schule,
- Ganztagschule.

Konkret bedeutet dies: Kinder heraus aus der Familie und hinein in staatliche Institutionen – wenn es gut geht – mit professioneller Versorgung, Betreuung und Erziehung. Mann und Frau, Vater und Mutter können „entlastet“ der Berufstätigkeit nachgehen, Wirtschaft und Industrie sind zufrieden, sie behalten ihre Arbeitskräfte, vor allem die billigeren Arbeitskräfte der Frauen, und der Staat hat die Erziehung in der Hand.

Hat man eigentlich einmal Väter und Mütter, Frauen und Familien gefragt, ob sie nicht gern mehr Zeit für ihre Kinder hätten, um sie selbst zu erziehen? Wurde über andere Möglichkeiten nachgedacht, die es zulassen würden, dass Väter und Mütter bei den Kindern bleiben könnten, dass aber Einkommen und Alterssicherung nicht gemindert werden, d.h. dass eine Finanzierung durch den Staat und die Gesellschaft erfolgte?

Die derzeitigen staatlichen Maßnahmen zur Entlastung der Familien und der Mütter sind erschreckend einfalllos, sie bestehen fast ausschließlich darin, die Kinder von Anfang an bis ins Schulalter hinein in die „Obhut von Institutionen“ zu nehmen und sie dort zu versorgen.

Eine krasse Fehlleistung ist die Äußerung der „Familien“-Ministerin, den Eltern das Kindergeld zu streichen und die „ersparten Summen“ für Einrichtungen für Kleinstkinder und Ganztagsbetreuung in den Schulen zu verwenden. Dies ist mit Sicherheit der falsche Weg! Die Eltern werden durch den Entzug des Kindergeldes entmündigt, der Staat schreibt ihnen vor, wo ihre Kleinkinder erzogen werden und aufwachsen müssen. Wir brauchen nicht noch einmal eine staatliche Kollektiverziehung!

Der VkdL fordert stattdessen: vielfältige, familiengerechte und kindgerechte, individuelle Lösungen zur Entlastung von Müttern und Familien, die die Eltern selbst wählen können, und die ihnen nicht zwangsweise auferlegt werden:

- Jede Mutter, jede Familie soll selbst entscheiden, ob eine außerfamiliäre Berufsarbeit weitergeführt werden soll, wenn ein Kind geboren wird.
- Jede Diskriminierung von Frauen, die sich ausschließlich der Erziehung ihrer Kinder und der Familie widmen, muss unterbleiben, sowohl im politischen Alltag, als auch in den Medien.
- Vor allem kleine Kinder brauchen verlässliche Bezugspersonen, um ein emotionales Grundvertrauen zu entwickeln. Vater und Mutter sind dazu an erster Stelle geeignet und berufen. Auch eine verlässliche Tagesmutter kann besser sein als eine Versorgung in einer Institution.
- Die finanziellen Mittel, die der Staat zur Schaffung von Einrichtungen für Kleinstkinder, Krippen und Horte einsetzt, sind besser auszugeben für Mütter/ Väter, die die Erziehung ihrer Kinder selbst übernehmen. Unterschiedliche Modelle sollten dabei Berücksichtigung finden, sodass das Armutsrisiko vermieden wird. Das Beispiel von Norwegen dürfte Wegweisend sein: Dort können sich Väter und Mütter frei entscheiden, ob sie Institutionen wie etwa Krippen und Horte in Anspruch nehmen wollen; sie können sich aber auch das Erziehungsgeld in Höhe der Krippenkosten auszahlen lassen und ihr Kind selbst erziehen.
- Wirtschaft und Industrie sollten nicht nur nach der billigen Arbeitskraft vor allem der Frauen trachten, sondern familienfreundliche, flexible Arbeitszeiten anbieten, betriebsnahe Einrichtungen können die Trennung von Mutter und Kind minimieren, moderne Arbeitsformen, die zumindest zeitweise den Arbeitsplatz in die Wohnung verlegen, sind zu entwickeln und zu erproben.
- Der Wiedereinstieg in die Berufstätigkeit nach der Familienphase sollte erleichtert werden durch begleitende Weiterbildung während der Familienphase, wobei der Blick nicht eng geführt auf die je aktuelle berufliche Tätigkeit gerichtet sein sollte. Frauen erwerben durch die Familienarbeit Qualifikationen, die auch in Betrieben benötigt und wünschenswert sind. Dies trifft besonders auch für den Schuldienst zu.
- Wir appellieren besonders auch an die Kirche mit ihren breiten Arbeitsmöglichkeiten im sozialen, pflegerischen und karitativen Bereich. Hier können sich Arbeitsplätze für Frauen nach der Familienphase eröffnen, in denen sie ihre besonderen Qualifikationen einbringen können – dies jedoch nicht nur als „Ehrenamtliche“, sondern als reguläre Beschäftigte mit entsprechender Bezahlung!

Der VkdL hat sich seit je für eine optimale berufliche Ausbildung der Mädchen und Frauen eingesetzt. Diese darf aber nicht zu Lasten der Kinder und der Familie gehen. Das Wohl des Kindes, die Freude der Mütter und Väter, ihre Kinder selbst zu erziehen und heranwachsen zu sehen, die Entwicklung der Familie, all das muss an erster Stelle stehen. Staat und Gesellschaft haben das zu fördern und zu unterstützen.

Wir fordern die Zulassung der freien Entscheidung von Frauen und Familien, wo und wie sie ihre Kinder erziehen. Erziehung durch und in öffentlichen Institutionen ist immer nachrangig gegenüber der Erziehung durch die Eltern.